



Deutscher Bundestag

Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der
Kinder (Kinderkommission)

Wortprotokoll der 40. Sitzung

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderkommission)

Berlin, den 16. März 2016, 16:00 Uhr

Paul-Löbe-Haus

2.200

Vorsitz: Norbert Müller (Potsdam), MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 9**

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Ursachen von Kinderarmut: Vermögensverteilung“

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 19**

Stellungnahme zur Umsetzung der Kinderrechte in Deutschland

Tagesordnungspunkt 3 **Seite 19**

Anliegen an die Kinderkommission

Tagesordnungspunkt 4 **Seite 19**

Verschiedenes



Inhaltsverzeichnis

Anwesenheitslisten	Seite 3
Sprechregister	Seite 8
Wortprotokoll	Seite 9



Tagungsbüro



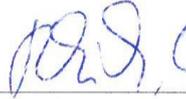
Deutscher Bundestag

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 16. März 2016, 16:00 Uhr

Anwesenheitsliste

gemäß § 14 Abs. 1 des Abgeordnetengesetzes

Ordentliche Mitglieder	Unterschrift	Stellvertretende Mitglieder	Unterschrift
CDU/CSU Pols, Eckhard		CDU/CSU Launert Dr., Silke	_____
SPD Rüthrich, Susann		SPD Bahr, Ulrike	_____
DIE LINKE. Müller (Potsdam), Norbert		DIE LINKE. Wunderlich, Jörn	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Walter-Rosenheimer, Beate		BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Dörner, Katja	_____

Stand: 11. März 2016
Referat ZT 4-Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Tagungsbüro



Deutscher Bundestag

off.

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13. Ausschuss)

Mittwoch, 16. März 2016, 16:00 Uhr

	Fraktionsvorsitz	Vertreter
CDU/CSU	_____	_____
SPD	_____	_____
DIE LINKE.	_____	_____
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	_____	_____

Fraktionsmitarbeiter

Name (Bitte in Druckschrift)	Fraktion	Unterschrift
Tschoband, Kolve	Linke	
Gebauer	Linke	
Gräfe, Kowshankin	Linke	
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____
_____	_____	_____

Stand: 20. Februar 2015
Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und
Jugend

Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kin-
derkommission)

Tagungsbüro

Sitzung des Unterausschusses Kinderkommission (13.
Ausschuss)
Mittwoch, 16. März 2016, 16:00 Uhr

Seite 3

Bundesrat

Land	Name (bitte in Druckschrift)	Unterschrift	Amts- bezeichnung
Baden-Württemberg	_____	_____	_____
Bayern	_____	_____	_____
Berlin	_____	_____	_____
Brandenburg	Anja Steudebeck		pers. auf der Mündliche MASGIF
Bremen	_____	_____	_____
Hamburg	_____	_____	_____
Hessen	_____	_____	_____
Mecklenburg-Vorpommern	_____	_____	_____
Niedersachsen	_____	_____	_____
Nordrhein-Westfalen	_____	_____	_____
Rheinland-Pfalz	_____	_____	_____
Saarland	_____	_____	_____
Sachsen	_____	_____	_____
Sachsen-Anhalt	_____	_____	_____
Schleswig-Holstein	_____	_____	_____
Thüringen	_____	_____	_____

Stand: 20. Februar 2015

Referat ZT 4 – Zentrale Assistenzdienste, Luisenstr. 32-34, Telefon: +49 30 227-32659, Fax: +49 30 227-36339



**Anwesenheitsliste der Sachverständigen
für das öffentliche Expertengespräch zum Thema
„Ursachen von Kinderarmut: Vermögensverteilung“
am Mittwoch, dem 16. März 2016, 16.00 Uhr**

Name	Unterschrift
Dr. Peter Krause Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung	
Ralf Krämer ver.di Bundesvorstand	
Prof. Dr. Ronald Lutz Fachhochschule Erfurt	



Sprechregister der Abgeordneten und Sachverständigen

Abgeordnete

Vors. Norbert Müller	9, 15, 17, 18
Abg. Susann Rüthrich	16

Sachverständige

Dr. Peter Krause	11, 18
Ralf Krämer	9, 17
Prof. Dr. Ronald Ltz	13, 16, 17



Tagesordnungspunkt 1

Öffentliches Expertengespräch zum Thema „Ursachen von Kinderarmut: Vermögensverteilung“

Vorsitzender: Herzlich willkommen zur 40. Sitzung der Kinderkommission und zum öffentlichen Expertengespräch zum Thema „Ursachen von Kinderarmut: Vermögensverteilung“ und Einkommensverteilung und alles, was damit zu tun hat. Es geht um etwas Empirie, um für diesen Themenkomplex ein bisschen Grundlagen zu legen bzw. zu vertiefen. Wir haben heute als Sachverständige geladen: Ralf Krämer vom Bundesvorstand ver.di., Prof. Dr. Ronald Lutz von der Fachhochschule Erfurt und Dr. Peter Krause vom DIW, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Ich will auch unsere Gäste begrüßen. Ich freue mich, dass wieder Vertreter der verantwortlichen Ministerien da sind, vielen Dank Herr Münch vom BMAS und Frau Zötsch vom BMFSFJ. Wie immer auch herzlich willkommen Anja Stiedenroth. Üblicherweise beginnen die Experten mit einem 10-minütigen Eingangsstatement. Wir haben uns vorher darauf verständigt, dass Herr Krämer beginnt, Herr Krause übernimmt und Herr Prof. Lutz die Runde vollendet. Wir haben uns auch darauf verständigt, dass ich Bescheid sage, wenn die zehn Minuten langsam ablaufen. Danach kommen wir in die offene Diskussion, Fragen etc. pp. Bitte benutzen Sie die Mikrofone, da wir ein Wortprotokoll anfertigen. Noch eine kurze Information vorweg: Wir haben eine Fotografin, die nur wegen mir da ist. Wenn jemand ein Problem damit hat, signalisieren Sie das bitte, dann kommen Sie auch nicht aufs Bild. Ich würde sagen, wir beginnen. Ralf Krämer, bitte.

Ralf Krämer (ver.di Bundesvorstand): Sehr verehrte Damen und Herren, danke für die Einladung. Kurz zur Klarstellung: Ich arbeite beim ver.di Bundesvorstand im Bereich Wirtschaftspolitik. Ich bin nicht etwa Mitglied im ver.di Bundesvorstand, sondern bin dort mit Fragen von Verteilungs-, Steuer-, Finanzpolitik usw. beschäftigt. Der Zusammenhang zwischen Vermögensverteilung und Kinderarmut besteht ja nicht so ganz direkt, da Armut normalerweise nicht vermögensbezogen diskutiert wird, sondern in Bezug auf das Einkommen und die soziale Lage sowie soziale Ausgrenzungen, für die Vermögen jedenfalls nicht

unmittelbar im Mittelpunkt steht. Ich denke, dass es aber schon einen Sinn ergibt, das zu behandeln, da die hohe und wachsende Vermögensungleichheit doch in aller Regel mit hoher und wachsender Einkommensungleichheit und oft auch hohen und wachsenden Armuts- oder Armutsrisikoquoten in den Gesellschaften verbunden ist. Das lässt sich auch für Deutschland in den letzten Jahrzehnten darstellen. Das sind insgesamt, global gesprochen, Ausdrucksformen des Charakters unserer Gesellschaft als Kapitalismus und ein Stück weit der Verschärfung dieses kapitalistischen Grundcharakters der Gesellschaft und der sozialen Spaltung durch die aus meiner Sicht mehr oder minder neoliberal bestimmte Politik in den vergangenen Jahrzehnten. Das gilt weltweit. Das gilt in Deutschland insbesondere auch seit der deutschen Einheit, seitdem hat sich die Ungleichheit doch erheblich erhöht. Diese Entwicklung erfolgte, wie man bisher feststellen konnte, in diesem Zeitraum eigentlich ziemlich unabhängig davon, ob Schwarz-Gelb, Rot-Grün oder eine große Koalition regiert hat.

Es gibt noch einen weiteren Aspekt, auf den ich kurz eingehen möchte. Es gibt einen zunehmenden Widerspruch, der aber auch alt ist, zwischen der Entwicklung privaten Reichtums einerseits und nicht nur der privaten, sondern auch der öffentlichen Armut andererseits. Dies hat neben vielen anderen Gründen auch etwas damit zu tun, dass aus unserer Sicht die Besteuerung des Reichtums und der Reichen in den letzten Jahrzehnten gerade auch in Deutschland vermindert worden ist. Dieses Geld fehlt natürlich – insbesondere arme sind aber auf einen strukturell und finanziell gut ausgestatteten Sozialstaat angewiesen, der entsprechende Transfers, gut ausgebaute öffentliche Dienstleistungen sowie eine für jedermann zugängliche und verfügbare öffentliche Infrastruktur, Daseinsvorsorge und Bildungssystem bietet. Insofern besteht da auch ein Zusammenhang.

Zunächst kurz zur Vermögensverteilung in Deutschland. Hierzu muss man sagen, dass Deutschland in Europa eine der am stärksten ungleichen Vermögensverteilungen hat. Das hat insbesondere auch damit zu tun, dass in Deutschland die Mehrheit der Bevölkerung nicht über Wohneigentum verfügt, was in einigen anderen europä-



ischen Ländern der Fall ist, sondern in der Regel zur Miete wohnt. Das ist solange kein großes Problem, solange ausreichend bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, solange es notfalls hinreichende Wohngeldleistungen gibt und solange die sozialen Leistungen im Alter und bei Erwerbslosigkeit so sind, dass man sich eine Wohnung und was man sonst so alles braucht, leisten kann. Die Bestimmung der Vermögenswerte und ihrer Verteilung ist immer eine Frage von Schätzungen, dazu kann der Kollege vom DIW sicherlich noch wesentlich mehr sagen. Das lässt sich gar nicht genau darstellen und erheben, weil einerseits viele Bewertungsprobleme eine Rolle spielen, und andererseits insbesondere die sehr Reichen in Erhebungen in der Regel nicht vollständig erfasst sind. Es handelt sich ja meist um Befragungen. In den offiziellen Befragungen, die auch den Armuts- und Reichtumsberichten der Bundesregierung zugrunde liegen, tauchen die Reichen – die wirklich sehr Reichen – kaum oder gar nicht auf, sie sind teilweise sogar explizit abgeschnitten. Insoweit sind die Zahlen, die sich daraus ergeben, immer eher Unterschätzungen der realen Ungleichverteilung. Gerade das DIW hat in den letzten Jahren mehrfach Untersuchungen angestellt, in denen man sich bemüht hat, die sehr, sehr Reichen – Multimillionäre und Milliardäre – in der Vermögensverteilung zu berücksichtigen und hinzuzuschätzen. Dabei wurde auf Erhebungen eher journalistischer Art wie Reichenlisten von Managermagazinen, Forbes Magazinen usw. zurückgegriffen, die dann mit mathematischen Schätzungen eingebaut wurden. Im Gesamtergebnis kommt dann die sich hieraus ergebende Summe des privaten Reichtums den Zahlen, die sich aus anderen gesamtwirtschaftlichen Quellen ergeben, wesentlich näher, als die Zahlen aus nur den offiziellen Erhebungen. Wenn man sich das ansieht und das hinzunimmt, dann zeigt sich, dass vor allem im oberen Bereich die Konzentration des Reichtums sehr, sehr extrem ist. Die untere Hälfte der Bevölkerung hat mehr oder minder gar kein Vermögen. Nettovermögen ist hier gedacht als Vermögen an Immobilien, Geldvermögen verschiedener Art oder Betriebsvermögen abzüglich der Schulden. Gebrauchsvermögen, also Wohnungsausstattungen usw., ist nicht enthalten. Die untere Hälfte der Bevölkerung hat mehr oder weniger kaum Vermögen und es konzentriert sich extrem stark: Das reichste Zehntel der Bevölkerung hat fast zwei

Drittel, allein das reichste Prozent der Bevölkerung fast ein Drittel des Vermögens. Es gibt verschiedene Schätzungen, die sich da immer etwas unterscheiden, aber das ist so ungefähr die Größenordnung. Das reichste 0,1-Prozent hat etwas zwischen 14 und 20 Prozent. Man kann davon ausgehen, dass die Millionäre ungefähr das reichste Prozent der Bevölkerung in Deutschland ausmachen; das sind ungefähr 400.000 Haushalte, die als Haushalt jeweils mindestens 2 Millionen Euro oder durchschnittlich 6 Millionen Euro haben. Im langfristigen Trend hat diese Ungleichheit der Vermögen in Deutschland durchaus nennenswert zugenommen. Ich denke, dass da auch steuerliche Fragen, wie die Nichterhebung der Vermögenssteuer seit 1996 eine Rolle spielen. Wenn man sich die untere Hälfte genauer ansieht, dann sieht man, dass das unterste Dezil, also das ärmste Zehntel der Bevölkerung, nicht nur praktisch kein Vermögen, sondern Schulden hat. Das sind dann Schulden z. B. für die Anschaffung von Autos oder ähnliches, die höher als die Geldvermögen sind, die auf der anderen Seite irgendwo liegen. Das ist ein ganz konkreter Zusammenhang zu Armut und Überschuldung. Es gibt Haushalte, die überschuldet sind. Es gibt Untersuchungen, welche Haushalte überschuldet sind. Das könnte man sich jetzt etwas genauer ansehen. Es ist jedenfalls so, dass Arbeitslosigkeit der Hauptgrund für Überschuldung ist. Ein anderer wichtiger Grund gerade für Alleinerziehende, also auch mit Kindern, ist Trennung, Scheidung und Tod des Partners. Arbeitslosigkeit auf der einen Seite und Trennung, Scheidung, Tod des Partners auf der anderen Seite sind Hauptgründe, aus denen es dann zu Überschuldung kommt. Das hat dann sicherlich schon sehr viel mit Armut zu tun und trifft in hohem Maße auch Kinder.

Einkommen setzen sich außerdem aus unterschiedlichen Quellen zusammen; das bezieht sich jetzt nicht auf die Vermögensverteilung, sondern auf die Einkommensverteilung. Die unteren Dezile, also diejenigen mit dem geringsten Einkommen, beziehen vor allem Einkommen aus staatlichen Transfers und aus Renten, während beim reichsten Zehntel der Bevölkerung auch Kapitaleinkünfte eine erhebliche Rolle spielen, die bei den unteren Dezilen nicht so ausgeprägt sind. Diese sind sehr stark auf das oberste Prozent oder das oberste Promille der Bevölkerung konzentriert. Dort



drückt sich hohes Vermögen auch in entsprechenden hohen Einkommen aus und im unteren Bereich spielt es keine Rolle. Ein anderer Punkt zeigt auch, dass sich die Nettovermögen sehr stark nach der sozialen Stellung unterscheiden. Klar ist, dass Unternehmer, also hier Selbständige mit zehn oder mehr Mitarbeitern, in der Regel Nettovermögen im Millionenbereich haben, und dass kleinere Unternehmer bzw. Selbständige immer noch im Durchschnitt über mehrere Hunderttausend Nettovermögen verfügen, während Arbeitslose erwartungsgemäß geringfügige Vermögen haben. Betrachtet man den Zeitverlauf, sieht man, was unter dem Stichwort „Schrumpfen der Mittelschicht“ in Deutschland diskutiert wird. Mittelschicht ist hier sehr einfach definiert mit einem Einkommen zwischen 50 Prozent als Untergrenze und 200 Prozent des durchschnittlichen, also bedarfsgewichteten Einkommens pro Haushalt als Obergrenze. Man sieht, dass diese einkommensbezogenen mittleren Gruppen der Bevölkerung im Verlauf der letzten 20 Jahre durchaus ein Stück weit zusammengeschrumpft sind. Demgegenüber hat sowohl auf der Seite der sogenannten Oberschicht mit deutlich überdurchschnittlichen bis sehr hohen Einkommen als auch auf der Seite der Unterschicht inklusive der wirklich Armutgefährdeten der Anteil deutlich zugenommen, und zwar sowohl vor der staatlichen Umverteilung als auch nach der staatlichen Umverteilung. Man sieht auch, dass die Armutgefährdungsquoten bei Arbeitslosen und Alleinerziehenden eindeutig am höchsten und auch in Deutschland besonders hoch sind. Am Verlauf der Arbeitseinkommen erkennt man, dass es auch innerhalb der Arbeitseinkommen im letzten Jahrzehnt starke Spreizungen gegeben hat und die schlechter bezahlten Beschäftigten tatsächlich starke Realeinkommensverluste hinnehmen mussten. Hier geht es um preisbereinigte Bruttoarbeitsentgelte. Man sieht, dass es bei den unteren Einkommen, also bei dem untersten Fünftel, tatsächlich starke Rückgänge gab, wogegen die „Besserverdienenden“ auch im letzten Jahrzehnt Zuwächse hatten.

Ein letzter Aspekt ist dann privater Reichtum/öffentliche Armut. In der unteren Grafik sehen wir die Entwicklung der Schulden der öffentlichen Haushalte. Man sieht, dass der private Reichtum und allein auch das Geldvermögen der privaten Haushalte die ganze Zeit über ein Mehr-

faches der Schulden der öffentlichen Haushalte ausmacht. Es gibt folgenden Zusammenhang, der vielen gar nicht klar ist, nämlich dass Geldvermögen zum großen Teil gleichzeitig Schulden sind, weil sie sozusagen die Verbindlichkeiten anderer sind – der Banken, der öffentlichen Haushalte usw. Wenn jemand Geldvermögen hat, muss es jemanden geben, der ihm dieses schuldet – das sind unmittelbar Schulden oder es können auch Eigentumsanteile an Kapitalgesellschaften sein. Wir sehen, dass beides gestiegen ist – die Vermögen sind jedoch deutlich stärker gestiegen als die Schulden der öffentlichen Haushalte. Unter diesem Aspekt gibt es z. B. überhaupt keinen Grund für die gegenwärtige Zurückhaltung, die öffentlichen Ausgaben zu steigern. Dies wäre in vielerlei Hinsicht sozial- und wirtschaftspolitisch wichtig und sinnvoll – selbst kreditfinanziert wäre es in der gegenwärtigen Zinssituation sehr sinnvoll. Es gebe viele Möglichkeiten, die öffentlichen Ausgaben steuerfinanziert zulasten der wirklich sehr Vermögenden und Reichen zu steigern. In den letzten Jahrzehnten ist der Anteil der öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung in Deutschland deutlich heruntergeschraubt worden. Vergleicht man das Niveau, so wurden Anfang der 2000er Jahre und auch in den 1990er Jahren meist über 47 Prozent der Wirtschaftsleistung vom Staat oder Sozialversicherungen ausgegeben. Mittlerweile sind wir auf dem Niveau von um die 44 Prozent. Diese Differenz von 3 Prozentpunkten am Bruttoinlandsprodukt macht ungefähr 100 Milliarden Euro im Jahr aus, die weniger ausgegeben werden, mit denen man natürlich viel anfangen könnte, wenn man sie ausgeben würde. Hier in Deutschland ist insbesondere auch die Steuerbelastung auf Vermögen im internationalen Vergleich sehr gering. Bei den sehr hohen Belastungen sind es oft Grundsteuern, aber auch in einigen Ländern deutliche Vermögenssteuern, die es in Deutschland im Moment gar nicht gibt. Auch die Erbschafts- und Schenkungssteuern sind in Deutschland im Vergleich zu einigen anderen Ländern ziemlich niedrig. Es bestehen viele Möglichkeiten, mehr Einnahmen zu erzielen und zugleich etwas gegen diese hohe Ungleichheit der Vermögen zu tun. Danke.

Dr. Peter Krause (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung): Vielen Dank für die Einladung. Das, was ich kurz vorstellen werde, ist im Zu-



sammenhang mit einem europäisch vergleichenden Projekt von UNICEF zur Kinderarmut entstanden, daher werden einige der Folien auch englische Beschriftungen haben. Ich will ähnlich wie Herr Krämer kurz auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eingehen, die meines Erachtens auch notwendig sind. Das kann ich kurz halten, da Herr Krämer vieles schon mit angesprochen hat. Ich werde dann kurz auf Kinderarmut in Deutschland eingehen, danach folgt ein kleiner Blick auf den Zusammenhang von Einkommen und Vermögen auf der Basis des sozioökonomischen Panels. Dazu hatten wir noch kurzfristig eine Auswertung gemacht; die Daten, die ich hier präsentiere, sind zum derzeitigen Zeitpunkt noch vorläufig. Ich sehe das hier als einen Gesprächsinput an, ggf. müssten wir das noch einmal reflektieren und prüfen.

Wenn wir uns die langfristige Entwicklung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ansehen, dann sehen wir bis etwa 2001 eine sehr stagnierende Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und danach den starken Anstieg. Dann kam die Finanzkrise, die diese Grafik sehr schön aufzeigt, danach kamen die Erholungsphase und das Weitere. Diese Entwicklung ist selbstverständlich ein wichtiger Hintergrund für die Entwicklung der Einkommen insgesamt und dafür, was mit der Kinderarmut in diesem Zeitraum passiert ist. Dieser Anstieg im Bruttoinlandsprodukt ist bei den privaten Haushalten in den Einkommen erst verzögert angekommen. Ein kurzer Blick auf die Entwicklung insgesamt: Ganz links sehen Sie eine Schichtung, das sind nicht Dezile, sondern gleiche relative Einkommensgruppen, das ist eine etwas andere Darstellung, aber der Inhalt ist derselbe. Sie können das so lesen: Die Balken von oben nach unten sind jeweils Fünfjahresperioden. Wenn der obere Balken länger ist als der darunterliegende, dann gibt es einen Zuwachs und andernfalls gibt es ein Zurückgehen. Ganz links steht der Bevölkerungsanteil. Wie Herr Krämer schon sagte, deckt dies einen Zeitraum von 20 Jahren ab. Sie sehen im unteren Bereich eine Erhöhung dieser Bevölkerungsanteile, im mittleren Teil einen Rückgang und im oberen Teil wieder eine Zunahme. Wir haben also eine leichte Polarisierung. Im mittleren Block sehen Sie die preisbereinigte Einkommensentwicklung für dieselben Gruppen. Da sehen Sie, dass die Einkommen bis weit in die Mitte

der Bevölkerung hinein über einen langen Zeitraum wirklich komplett stabil geblieben sind, während sie sich im oberen Bereich weiterentwickelt haben. Mit anderen Worten, die Ungleichheit ist gestiegen. Im rechten Bereich sind die Erwerbseinkommen dargestellt, Herr Krämer hat diese auch schon erwähnt. Hier sehen Sie bis in den mittleren Bereich hinein zum Teil sogar rückläufige reale Einkommen. Die Folge davon ist, dass die Ungleichheit angestiegen ist. Bei der grünen Kurve ganz unten sehen Sie bis etwa 2005 einen kontinuierlichen Anstieg. Das sieht nicht nach viel aus, ist aber eine ganze Menge, und seit 2005/2006 ist es etwa gleich geblieben. Spannend ist an dieser Stelle, dass dies praktisch die Ungleichheitsentwicklungen der Haushaltsnettoeinkommen, also der verfügbaren Einkommen sind. Wenn Sie sich die Ungleichheitsentwicklung der Markteinkommen, also vor staatlichen Eingriffen anschauen, dann sehen Sie einen kontinuierlichen Anstieg. Das ist die rote Linie ganz oben, und zwar von 2000 bis 2005, ab den neunziger Jahren ist das ein kontinuierlicher Anstieg. Die treibende Kraft für diese Ungleichheitsentwicklung ist die Zunahme der Markteinkommen. Diese gehört inzwischen zu den höchsten in Europa. Die gestrichelten Linien sind die Unterschiede zwischen Ost und West. Auch hieran lässt sich zeigen, dass die Ungleichheit der Markteinkommen in Ostdeutschland sogar noch höher ist, wogegen die Ungleichheit der verfügbaren Einkommen niedriger ist, diese sind also gleicher verteilt. Das heißt, die Umverteilung ist im Osten wesentlich höher. Daraus resultiert eine Zunahme der Armutsquoten insgesamt. Die gestrichelten Linien wiederum zeigen für Ostdeutschland einen starken Anstieg insbesondere um den Bruch 2004/2005 herum. Wenn Sie diese Entwicklung des BIP noch vor Augen haben, dann sehen Sie, dass insbesondere zu Beginn dieses Anstiegs des Bruttoinlandsprodukts dieser auch mit einer starken Zunahme der Ungleichheit verbunden war.

Was heißt das für die Kinderarmut in der langfristigen Entwicklung? Die Kinderarmut hat ebenfalls insgesamt bis etwa 2005 zugenommen und ist seitdem etwa gleich geblieben. Die bemerkenswerte Entwicklung in diesem Zusammenhang ist aber, dass eine Annäherung an die Armutsentwicklung insgesamt stattgefunden hat. Das heißt, lag die Kinderarmut bis etwa 2004/2005 immer



deutlich über der allgemeinen Armutsquote, so ist sie das inzwischen nicht mehr – nicht etwa, weil die Kinderarmut verringert wurde, sondern eher deshalb, weil der Anstieg in der allgemeinen Armutsquote größer geworden ist. Hier sehen Sie Altersprofile, in den oberen Bereichen wieder nach vier Perioden unterteilt, in den oberen Bereichen eine Einkommensentwicklung, Medianeinkommen nach unterschiedlichen Altersgruppen, im unteren Bereich die Armutsquoten. Ich gehe jetzt nur auf die unteren Bereiche, auf den roten Bereich ein. Wenn Sie dort die jüngste Altersgruppe sehen, dann sehen Sie sehr schön dieses Heranwachsen gerade der Kinder von null bis zehn Jahren, wo die Quote praktisch auf den Durchschnittswert der Gesamtbevölkerung hinfließt. Ein anderer Punkt taucht hier aber auch auf: Die größte Spitze und auch der Zuwachs bis 2010 befindet sich nicht in der allerjüngsten Altersgruppe, sondern in der Altersgruppe der 20- bis 30-Jährigen, also der Generation Praktikum. Dort waren besondere Risiken mit dieser Altersgruppe verbunden, und das lässt sich hier anschaulich zeigen.

Man kann sich jetzt die verschiedenen Bevölkerungsgruppen anschauen. Ich gehe noch einmal kurz auf den Zusammenhang zu den Vermögen ein. Das sind verschiedene soziodemografische Gruppen. Dieses Bild und die Schichtung sind praktisch so, wie Sie es schon gesehen haben. Ich habe drei Jahre ausgewählt, für die wir auch Vermögensangaben haben. Das sind die Jahre 2002, 2007 und 2012, und vergleiche diese mit der Einkommensschichtung, die Sie auf der linken Seite sehen. Hier ist die Bevölkerung insgesamt, die rechte Seite sind die Kinder von null bis zehn Jahren. Stellen Sie sich eine virtuelle Schulklasse vor: Was ist dort passiert? Wie spiegeln sich die Vermögensverhältnisse der Eltern in der Verteilung der Schulklassen wider? Hier sehen Sie, dass eine ganze Menge passiert ist, nämlich dass sich dieser Rückgang der mittleren Einkommenspositionen und auch eine Zunahme von höheren Einkommen bei den Schülern widerspiegelt. Offenkundig haben auch Begüterte inzwischen etwas mehr Kinder. Jetzt kommen die Einkommenssituationen. Links sehen Sie wieder die Bevölkerung insgesamt, rechts die Kinder von null bis zehn Jahren. Auch da ist bei den Kindern real praktisch gar nichts passiert, nur in dem oberen Bereich. Das

heißt, innerhalb dieser virtuellen Schulklasse oder des virtuellen Kindergartens ist in diesem Zeitraum auch die Spannung gestiegen. Herr Krämer hat vorhin schon gesagt, dass die Nettovermögen extrem ungleich verteilt sind. Das spiegelt sich an dieser Stelle natürlich auch in den Vermögensangaben wider. Das ist das gleiche Bild, also mit dieser zunehmenden Einkommensungleichheit geht auch eine zunehmende Vermögensspreizung einher, die selbstverständlich die Spannung innerhalb dieser virtuellen Schulklasse weiter erhöht.

Abschließend kurz einen Blick auf Vermögensarmut und Einkommensarmut, zusammengefasst als Vermögensarmut: Diese ist definiert als Personen, die ein Vermögen haben, das weniger als drei Monate für ein Einkommen oberhalb der Armutsgrenze reicht. Wenn Sie jetzt die jüngste Altersgruppe ansehen, dann sind hier die Kinder von null bis 17 Jahren insgesamt dargestellt. Das sind noch sehr vorläufige Analysen. Es gibt eine etwas empirische Diskussion, ob die Vermögensverteilung und die Vermögensungleichheit an der Stelle etwas abgenommen haben oder nicht. Dazu gibt es unterschiedliche empirische Aussagen. Bei dieser Darstellung sieht es nach einem leichten Trend zu einer Abnahme aus. Wie gesagt, ich gebe das unter einem gewissen empirischen Vorbehalt an dieser Stelle wieder, das wäre weiter zu prüfen. Klar ersichtlich ist aber, wenn man sich dieses Zusammenspiel von Einkommen und Vermögen anschaut, dass die jüngste Altersgruppe an der Stelle in besonderer Weise betroffen ist. Soviel als kurzes Statement hierzu.

Prof. Dr. Ronald Lutz (Fachhochschule Erfurt):
Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren, ich darf mich ganz herzlich für die wiederholte Einladung in die Kinderkommission bedanken, ich glaube, ich bin zum dritten oder vierten Mal hier. Man fragt sich dann schon, und wir haben das vorhin auch kurz diskutiert, welche Auswirkungen solche Debatten eigentlich haben. Aber ich habe mich davon überzeugen lassen, dass es vielleicht doch Hoffnung gibt, dass die vielen Debatten dazu führen könnten, die eben gesehenen Zahlen zu beeinflussen. Bevor ich die Frage nach „was macht es mit den Kindern?“ beantworte, lassen Sie mich auf einen gewissen Kontext hinweisen.



Kinderarmut ist zwar ein Begriff, aber Kinderarmut ist immer an Familienarmut gekoppelt. Wir müssen uns veranschaulichen, was das heißt. Kinder werden mitunter direkt in Armut hineingeboren. Kinder haben zunächst gar keine eigenen Kompetenzen, um wie auch immer der Armut zu entkommen. Kinder werden – und dafür gibt es sehr viele Studien, wie beispielsweise die AWO-Studie aus 2012 oder auch die UNICEF-Studie von Bertram – durch langfristige Familienarmut in ihren Teilhabe- und Bildungschancen massivst beeinträchtigt, nicht nur materiell, sondern auch sozial und kulturell. Darauf will ich jetzt hinweisen – mit gar keinen Zahlen, deswegen habe ich auch keine Power-Point.

Es gibt eine Studie von Frau Andresen, die letztes Jahr vorgelegt wurde. Diese hat versucht herauszuarbeiten, was materielle Armut im Familienalltag bedeutet. Zunächst einmal ist sehr wichtig, noch einmal darauf hinzuweisen, dass Eltern eigentlich immer darum bemüht sind, ihre Kinder zu fördern. Aber – und das ist in dieser Studie sehr deutlich geworden – Armut wirklich zu erklären, sie auch Kindern zu vermitteln, ist mitunter eine sehr große Herausforderung. Das gilt insbesondere dann, wenn man selbst als Erwachsener immer stärker an der eigenen Überforderung zu leiden beginnt. Die Bewältigungsmuster, um die es dabei geht, Armut zu erklären und trotz täglicher Konsumanreize zu sparen, und auch eventuell noch den Spagat zwischen Familie und Erwerbsarbeit gerade bei Alleinerziehenden zu bewältigen, sind von mindestens drei Zusammenhängen abhängig, auf die auch Frau Andresen hingewiesen hat: von der Bildung der Eltern und deren Bildungsaspiration; von den Netzwerken der Eltern, insbesondere auch Netzwerke, die über die eigene soziale Lage hinausgehen – in der Soziologie spricht man von Brückenskapital – und drittens von der Unterstützung, die sie erfahren – oder auch nicht erfahren. Im Alltag dieser Familien gibt es sehr viele Probleme. Zunächst geht es um die tägliche Bewältigung materieller Knappheit – bei Mieten, Heizkosten, Kleidung, Möbel, auch Kommunikationstechnologie, Mobilität, Mobilitätsfragen, Urlaub und Freizeit. Eine IAB-Studie, die im November 2015 vorgelegt wurde, hat viele Dinge nochmals klar herausgearbeitet. Ich will nur zwei benennen, zwei Zahlen, die mich persönlich sehr nachdenklich gestimmt haben: 13,3 Prozent der Untersuchen

ten konnten die Wohnung nicht angemessen heizen, 19,4 Prozent hatten Schimmel und Feuchtigkeit in der Unterkunft. Aus all diesen Dingen, aus diesen Überlastungen entsteht so etwas wie Stress. Wir sprechen seit 2009 von zunehmend erschöpfteren Familien. Das hat auch Auswirkungen auf den Familienalltag. Familienkrisen nehmen zu, Wohnverhältnisse werden mit der Zeit beengter. Wir kennen die Probleme von Segregation und Gentrifikation, die Konzentration von sozial Benachteiligten in bestimmten Stadtgebieten. Aber auch die entsprechende Konzentration an bestimmten Schulen, das Leben in sozialer Abhängigkeit macht sich dann auch bei den anderen, den Mitschülern bemerkbar. Auch wird in diesen Familien die Entwicklung fürsorglicher Beziehungen mit der Zeit schwieriger. Es gibt durchaus erkennbare Zunahmen von unberechenbaren Erziehungsstilen. Frau Andresen hat darauf hingewiesen: Wenn Eltern Angst vor der Zukunft haben, dann leiden die Chancen der Kinder massiv.

Was heißt das nun konkret? Was kommt bei den Kindern an, was macht es mit den Kindern? Es kommt zu Einschränkungen bei Ernährung, Kleidung, Urlaub oder auch beim Taschengeld, aber auch außerschulische Freizeitaktivitäten, wie z. B. Musikschulen, Teilnahme an Sportveranstaltungen – ein Paar Fußballstiefel kosten 80 Euro – oder auch kulturelle Angebote und auch soziale Teilhabemöglichkeiten wie an Geburtstagen und ähnlichem werden eingeschränkt. Mit der Anzahl der Jahre, und darauf gehe ich zum Schluss kurz ein, sinkt die Lebenszufriedenheit der Kinder selbst. Sie nehmen ihre Lage wahr, sie können diese auch artikulieren. Aus der AWO-ISS-Studie wissen wir seit Jahren – 2012 wurde sie in ihrer Endfassung vorgelegt –, dass sich aus diesem Kontext schlechtere Ausgangsbedingungen für Kinder ergeben, die sich dann auch später in den Bildungswegen niederschlagen. Sie entwickeln ein geringes Vertrauen in die Umwelt, sie haben eine andere Sprache. Es werden weniger Handlungsmöglichkeiten zur Lösung von Problemen aufgebaut, sie werden häufiger auch mit Gewalt gelöst. Es gibt ein ausgeprägteres Rückzugsverhalten bei Konflikten und auch eher traditionelle Rollenmuster. Darüber hinaus – auch das kann man mit Studien des Robert Koch-Institutes zu Kindergesundheitsstudien belegen – haben sie öfter Gewichtsprobleme und auch frühzeitige Suchtmit-



telkontakte. Jugendämter, auch dazu gibt es immer und immer wieder Äußerungen, haben in den letzten Jahren Zunahmen an psychischen Erkrankungen bei Kindern aus sozial benachteiligten Familien festgestellt. Es gibt einen erkennbaren Zusammenhang zwischen sozialer Benachteiligung, wir nennen sie Armut, und dem Bedarf an erzieherischen Hilfen. Seit 2012 diskutiert die Jugendhilfe vermehrt über die Ursachen für die Steigerung von Inobhutnahmen. Es gibt einige Thesen, die bisher empirisch nicht valide sind.

Dennoch sollte man die These zumindest mal überdenken, dass es vielleicht tatsächlich auch damit zu tun hat, dass in den Familien, von denen wir reden, die schon angedeutete Überforderung zu einer Erschöpfung führt, die dann auch die Erziehungsstile, vielleicht auch die Erziehungsfähigkeit der Eltern beeinträchtigt, hervorgerufen durch materielle Kontexte, die schon ausgiebig dargestellt wurden. Im letzten Jahr gab es eine Pressemitteilung, die in eine ähnliche Richtung ging: Die Pädiater warnten davor, dass immer mehr Kinder bereits im Kindergartenalter mit Verhaltensstörungen, Entwicklungsstörungen, Konzentrationsschwächen und seelischen Problemen in ihre Praxis kommen. Einer der Gründe, den sie nannten, und das sollte uns allen zu denken geben, sind die belastenden Lebensumstände im familiären Bereich. Mit diesen belastenden Lebensumständen wurde in der Tat soziale Benachteiligung beschrieben. Es gibt unter den vielen neueren Studien, die ich hier zitieren könnte, eine, die im letzten Sommer in Teilbereichen publiziert wurde, ein Forschungsprojekt der Uni Bamberg „BiKS – Bildungsprozesse, Kompetenzentwicklung und Selektionsentscheidungen im Vorschul- und Schulalter“. Kinder aus wohlhabenderen Verhältnissen, mit einem hohen kulturellen Kapital, also Bildungsabschlüssen, wobei die Migration überhaupt keine Rolle spielt, kennen doppelt so viele Wörter wie Kinder aus benachteiligten Familien. In wohlhabenden Familie – auch das ist ein Ergebnis, das im letzten Jahr publiziert wurde – kann jedes zweite Kind einen Satz vervollständigen, in sozialbenachteiligten Familien nur jedes zehnte Kind. Auch das sollten wir zur Kenntnis nehmen, Kitas können da kaum korrigieren, weil wissendere Kinder, die mitunter auch in Kindertagesstätten und in den Schulen vorausgesetzt werden, einfach größere Chancen haben.

Ich komme zu dem, was ich vorhin schon andeutete: Seit 2005 gibt es immer und immer wieder Studien, die darauf hinweisen, dass 8- bis 12-Jährige der unteren sozialen Schichten – man kann sie Unterschichten nennen, man kann sie benachteiligte Lebenslagen nennen, wie auch immer sich die Soziologen da einigen mögen – sehr genau ihren gesellschaftlichen Standort kennen und auch Angst vor Arbeitslosigkeit und Armut artikulieren. Es gibt einige Studien, die das herausgearbeitet haben. Eine davon, die zwar schon fast zehn Jahre alt ist, die World Vision-Studie, hat darauf hingewiesen, dass 20 Prozent der Kinder aus der untersten Bildungsschicht das Abitur als angestrebten Schulabschluss angeben, während 80 Prozent von Kindern aus den Mittel- und Oberschichten das tun. Das entspricht in etwa der tatsächlichen Verteilung in den Schulen. Der 14. Kinder- und Jugendbericht hat darauf hingewiesen, dass 20 Prozent der Kinder und Jugendlichen sich als abgehängt sehen. Ich finde es schade, dass die aktuelle Shell-Studie darauf nicht eingegangen ist und ein positives Bild der Jugend zeichnet – was ich auch so nachvollziehen kann –, aber wir müssen – wir reden hier von 15, 16, 17, 18, 19 Prozent der Jugend, je nach Studie, die als sozial benachteiligt gelten – einfach zur Kenntnis nehmen, dass diese mittlerweile sehr genau wissen, wie ihre Situation ist und wie sie sich darauf möglicherweise auch einstellen können.

Vorsitzender: Vielen Dank. Habt Ihr schon Fragen? Ich sehe erst einmal nichts. Ich würde direkt einen Punkt an Herrn Prof. Lutz nachschieben. Sie haben gesagt, dass Kitas hinsichtlich Sprachförderung etc. kaum reagieren können. Jetzt diskutieren wir hier Kinderarmut nicht nur im Hinblick auf die Auswirkungen, sondern versuchen auch als Linke – ich bin ja in der Fraktion DIE LINKE. – zu sagen, dass wenn man die materiellen Grundlagen von Kinderarmut nicht ändern kann, dann muss man wenigstens versuchen, ihre Auswirkungen durch Investitionen im Gesundheitsbereich, im Bildungsbereich etc. pp. abzumildern. Das macht ja zum Teil auch die Sozialdemokratie, zum Teil auch die Bundesregierung durch Sprachkitas. Da gab es eine ganze Reihe von ersten Ansätzen, so würde ich das mal nennen. Jetzt sagen Sie, dass Kitas genau in diesem Bereich aber gar nicht reagieren können, wenn die Kinder nach Hause kommen und dort die Familien so vorfinden, wie



sie sind. Was wäre denn die Antwort, außer dass selbstverständlich die Einkommen der Familie gesteigert werden müssen, um die Familien aus der Armut herauszubekommen? Gibt es überhaupt eine Chance, die Umstände von Armut abzumildern, ohne grundsätzlich an die Einkommens- und Armutssituation der Familien heranzugehen? Kann man das überhaupt trennen?

Prof. Dr. Ronald Lutz (Fachhochschule Erfurt): Wenn wir die materielle Armut abwenden wollen, dann müssen wir in der Tat mehr Geld in die Familien geben. Dafür gibt es verschiedene Modelle. Ich bin Vertreter einer Kindergrundsicherung, aber das muss man ja nicht ins Auge fassen. Aber ich glaube schon, dass man im Bereich der Kindertagesstätten eine ganze Menge von Abmilderung bewältigen oder auch anbieten könnte – allerdings müssen die Kindertagesstätten dann anders ausgestattet sein. Dann brauchen wir eine andere Betreuungsrelation, dann brauchen wir auch in der Ausbildung sehr viel stärker als bisher eine Armutssensibilität. Darüber hinaus müssen wir uns auch fragen, welches Bild ErzieherInnen und auch LehrerInnen von einem Kind haben. Welches Bild wird vermittelt, welches Kind wird in den ganzen Kontexten vorausgesetzt? Ich habe mitunter den Eindruck – ich bilde selbst an der Fachhochschule bei uns KinderpädagogInnen aus und habe mich auch damit sehr intensiv beschäftigt –, dass unreflektiert ein bestimmtes Bild eines Mittelschichtkindes vorausgesetzt wird. Das halte ich für problematisch. Das ist Kolonialismus im eigenen Land, da müssen wir rangehen. Wir müssen dort investieren, wo genau das passiert.

Abg. **Susann Rüttrich** (SPD): Sie haben gerade in Ihrem Vortrag eine Reihe von Beispielen genannt. Ich glaube, wir können das durchaus noch verstärken. Mich hat es beispielsweise immer wieder erschüttert, wie Ganztagsangebote an Schulen, wie die Mittagsversorgung vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Wenn der Caterer, der die Schule versorgt, das Geld bei den Eltern abbuchen möchte und es ist nichts mehr auf dem Konto, dann bekommt das Kind kein Mittagessen – eine entwürdigende Situation vor allen anderen Kindern in der Schule. Bei mir im Wahlkreis kommt der Bus von der Kinderarche und holt die Kinder ab, die in der Schule kein Mittagessen kaufen können, obwohl es

bei dem einzelnen Essen ja nicht um so sehr viel Geld geht, dass man es nicht auch irgendwie erstatten könnte, aber die Eltern haben es nun mal nicht. Die Kinder werden mit dem Bus abgeholt, zur Kinderarche gebracht und kommen dann natürlich nicht wieder zum Hort und zum Ganztagsangebot zurück, wo man Hausaufgabenbetreuung und weitere Angebote unterbreitet. Diese kommen dann denen zugute, die es sich vielleicht auch auf andere Art und Weise leisten könnten. Das sind Dinge, die mich furchtbar ärgern. Wir haben uns in meinem Landesverband der SPD in Sachsen daher für das Konzept der Kindergrundsicherung ausgesprochen, um diese beschriebene Kopplung der Elternarmut an die Kinderarmut zu trennen. Die Kinder kommen alleine nicht heraus, sie können am wenigsten dafür. Vielleicht können Sie aus Ihrer Sicht darauf eingehen, wie Sie das bewerten, denn so ein Systemwandel ist ja nicht unstrittig. Ich stelle mir darunter vor, dass bestimmte strukturelle Leistungen wie Mittagessen, Sportverein oder ähnliches für jedes Kind da sind, und sich die Anbieter das Geld holen können und nicht auf die Eltern zurückgreifen müssen. Ein anderer Teil der Kindergrundsicherung käme den Familien für das zugute, was man als Minimum für die Kinder braucht. Damit wären die Kinder dann zumindest rein statistisch über der Armutsschwelle. Wenn ich jetzt mal ketzerisch bin – ich bin dafür –, aber es würde im Zweifel vielleicht die Statistik verbessern, da die Kinder nicht mehr in Armut wären. Aber wären damit die familiären Auswirkungen schon abgemildert oder müsste man dann nicht ggf. auch noch weitere Konzepte finden, wie man das familiäre Umfeld erreicht, um Sprachkompetenz, um die Förderung der Kinder auch in der Familie fortführen zu können, so dass eine weitere Unterstützung auch in diesen familiären Kontext hineingeht? Wir haben bereits mehrfach in der Kinderkommission thematisiert, dass die Schulen oder die Kitas ebenso wie Jugendverbände und Jugendvereine vieles machen können, dass aber der eigentliche Sozialisationsraum zu Hause ist, und wenn dieser nicht auch befähigt wird, fehlt ein wesentlicher Teil. Vielleicht können Sie noch etwas aus Ihrer Sicht dazu sagen, wie die Kinder auf der einen Seite über die Armutsschwelle gehoben werden können und es nicht dabei zu belassen, sondern auf der anderen Seite auch noch andere Risikofaktoren mit in Angriff zu nehmen?



Prof. Dr. Ronald Lutz (Fachhochschule Erfurt): Ich mache es kurz. In unserer Kinderarmutsdebatte, die ich seit ungefähr 22 Jahren mit begleite, sind es immer vier Punkte: Der erste Punkt, den können wir fast als abgehakt betrachten, war der Mindestlohn. Inwieweit die Höhe des Mindestlohns adäquat ist, will ich hier nicht diskutieren. Das Zweite ist die Frage einer Kindergrundsicherung oder einer adäquaten Transferleistung in die Familien. Darüber müssen wir reden. Der dritte Punkt sind Investitionen in die Infrastrukturen. Wir müssen endlich sehen, dass die Kindertageseinrichtungen tatsächlich Bildungseinrichtungen sind, und diese müssen dementsprechend beitragsfrei wie Schulen sein und sie müssen in die Lage versetzt werden, Bildung zu vermitteln. Dafür müssen wir investieren. Es muss aber auch investiert werden in die Infrastrukturen wie beispielsweise Sportvereine oder alle anderen Infrastrukturen, an denen Kinder partizipieren können und manchmal nicht können, weil ihnen das Geld fehlt oder weil die Sportvereine schlicht und ergreifend nur im Blick haben, den Pep Guardiola zu vermitteln, weil sie in die Bundesliga wollen – ich darf das mal so flapsig sagen. Da müssen wir auch überlegen, was wir tun. Das Vierte ist die Armutsprävention. Es gibt einige Kommunen, die klug sind und sich über Armutsprävention, Armutsbündnisse überlegt haben, wie sie Familien betreuen können. Über ehrenamtliche Strukturen wird das derzeit gemacht, die Geld kosten oder nicht viel Geld kosten – je nachdem, wie diese gestaltet sind. Da gibt es viele Beispiele – Kiez-Mütter, Familienpaten, Sozialpaten, Hebammen-Strukturen, Stadtteil-Mütter, meistens Mütter, man kann ja auch Väter dazu sagen. Aber wir brauchen aufsuchend unterstützende Strukturen in den Familien – über die Hebammen gibt es das –, die genau das ansprechen, was Sie eben thematisiert haben: Sprachförderung und die Unterstützung von Familien. Denn wir wissen, warum Erschöpfung entsteht: durch das Alleingelassensein. Wenn wir aber nichts dagegen tun, haben wir das Problem, dass wir eine Generation in Armut haben, die die nächste Generation schon vorbereitet. Wollen wir das?

Vorsitzender: Ich möchte zu der Frage zurückgehen, wie sich Armut in Familien vererbt. Das ist wahrscheinlich eine leicht zu belegende These: Wenn die Eltern arm sind, dann sind die Kinder

auch arm, und aufgrund der von Ihnen beschriebenen Mechanismen bleiben sie das häufig auch. Das ist empirisch vielfach nachgewiesen. Auf der anderen Seite vererbt sich ja auch der Reichtum in den Familien entsprechend. Wenn wir die Zahlen von Ralf Krämer und Dr. Krause aus den letzten 10, 15 Jahren oder den 90er Jahren zu den Verschiebungen von Vermögen sehen, ist es einfach zu sagen, man macht eine Vermögenssteuer, die seit 1996 nicht erhoben wird – und dann wird es sich umkehren. Was wären aus Ihrer jeweiligen Sicht passable Instrumente, um die Entwicklung umzukehren und die öffentlichen Haushalte auch jenseits einer Neuverschuldung so aufzufüllen, so dass man über andere Transferleistungen in Familien etc. reden kann? Denn das sind ja zwei Teile der Debatte: Auf der einen Seite gibt es eine politische Mehrheit im Deutschen Bundestag, die Transferleistungen nicht unbedingt deutlich erhöhen will. Das merken wir bei jeder Debatte um Kindergeld, Kinderzuschlag und zu anderen Fragen, weil diese immer gleich sehr viel Geld kosten. Sie will insgesamt Transferleistungen in Familien nicht, weil sie der Meinung ist, in armen Familien wird das Geld nicht adäquat für Kinder eingesetzt. Das sehe ich zwar anders, aber diese Debatte wird so geführt. Auf der anderen Seite verweist man auf die öffentlichen Kassen. Wenn man diesen die Vermögen entgegenstellt, stellt sich die Frage nach den adäquaten Möglichkeiten, diese Vermögen so abzuziehen, dass sie nicht einfach ins Ausland oder irgendwo anders hin verschwinden.

Ralf Krämer (ver.di Bundesvorstand): Da könnte ich jetzt vieles zu steuerpolitischen Vorschlägen sagen. Es gibt dabei natürlich immer Auseinandersetzungen um bestimmte Probleme, mit denen man sich dann auseinandersetzen muss. Vermögenssteuer und Erbschaftssteuer könnten durchaus einen erheblichen finanziellen Beitrag leisten. Wenn man diese ohne allzu viel Angst ausgestaltet, könnte man mit einer Vermögenssteuer vielleicht 20 Milliarden und mit einer Erbschaftssteuer 10 Milliarden im Jahr einnehmen, also mehr als doppelt so viel wie jetzt. Man muss dann natürlich bereit sein, den Konflikt einzugehen. Wenn wir uns bei den sehr hohen Vermögen – und das betrifft sowohl die Erbschaften wie die Vermögenssteuer – die Arten der Vermögen ansehen, erkennt man, dass gerade bei den sehr Reichen ein großer Teil der Vermögen in Form von Unterneh-



mensvermögen vorliegt, wobei hierzulande steuerlich auch größere Anteile an GmbHs und vor allem an Aktiengesellschaften bis hin zu Aktienpaketen von Quandt und Co. als Betriebsvermögen gelten. Wenn man von vornherein zu der Auffassung kommt, dass Betriebsvermögen geschont werden müssen, dann hat man verloren. Dann ist das Thema eigentlich durch, dann kommt nicht mehr viel dabei heraus. Es besteht aber sowohl theoretisch als auch empirisch kein Grund, Betriebsvermögen nicht zu besteuern. Es gibt keine validen Studien, die zeigen, dass dann etwas Schlimmes passieren würde. Insoweit kann und sollte man da rangehen.

Das andere sind Fragen der Besteuerung hoher Einkommen. Der Spitzensteuersatz war schon einmal deutlich höher als jetzt. Möglicherweise kommt tatsächlich in absehbarer Zeit die Abschaffung der Abgeltungssteuer, weil es mittlerweile fast alle fordern. Diese war mit der Begründung eingeführt worden, dass 25 Prozent von X mehr sind als 40 von gar nichts. Aber da hat sich eine Menge getan, insoweit ist eine Besteuerung mit dem individuellen Steuersatz sicherlich wieder ohne weiteres möglich und würde zu Mehreinnahmen führen. Da gibt es natürlich noch viele weitere Möglichkeiten.

Ich möchte zu der Diskussion noch sagen, dass ich aus der persönlichen Erfahrung als Vater den Eindruck habe, dass die Frage der Personalausstattung – für uns als Gewerkschaft ist es natürlich auch ein Thema – auch in den Kitas ein zentraler Punkt ist. Wenn die Erzieherinnen und Erzieher nicht mit den Kindern einzeln reden und auch korrigierend mit ihnen sprechen können, dann hat es ja keinen Zweck, wenn zehn Kinder miteinander spielen und die Erzieher können sich nicht groß kümmern. Dann hat das natürlich auch relativ wenig korrigierende Wirkungen auf das, was in den Familien stattfindet. Darüber hinaus ist es auch längst noch nicht in allen Teilen der Republik so, dass die Angebote mehr oder weniger durchgehend wahrgenommen werden. Ich habe teilweise den Eindruck, dass gerade auch im migrantischen Milieu die Kinder aus Familien, die es am nötigsten hätten, weiterhin nur zu kleineren Anteilen in die Kitas gehen, vor allem die ganz kleinen Kinder. Ich denke, da müsste man wei-

terkommen. Natürlich ist das alles auch mit Kosten verbunden.

Dr. Peter Krause (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung): Ein Patentrezept habe ich nicht. Eine ergänzende Bemerkung vielleicht zu der Vermögensverteilung bei uns. Sie hatten auf die Betriebsvermögen und die Bindung hingewiesen. Die extreme Ungleichheit ist natürlich auch mit dadurch bedingt, dass in Deutschland ein Großteil der Vermögen auch durch Rentenanwartschaften gebildet wird, die hier nicht eingerechnet sind. Beim Blick auf die Zahlen fällt auf, dass offenkundig diese Spannungen – ich habe das als virtuelles Klassenzimmer bezeichnet – zunehmen. Da müssen wir in irgendeiner Weise aktiv werden. Vorschläge kamen gerade schon. An der Stelle blicke ich mit Sorge auf die Entwicklung der mittleren Einkommen. Ich will es noch einmal mit einem kurzen Beispiel illustrieren. Im europäischen Vergleich ist Deutschland zusammen mit Belgien und ein paar anderen Ländern relativ gut durch die Finanzkrise gekommen, die hier relativ kurz ging, und das betraf insbesondere auch die Kinder. Der Grund war, dass die Kinder mit davon profitiert haben, dass in sehr hohem Maße Maßnahmen ergriffen worden waren, die auf den Schutz der Arbeitskräfte abzielten, z. B. die Leistungen für Kurzarbeit. Wenn Sie sich die Verläufe gerade zur Zeit der Finanzkrise anschauen, dann gibt es da nur einen kurzen Peak; oder wenn Sie sich die Jugendarbeitslosigkeitentwicklung über die Finanzkrise hinweg anschauen, dann gibt es nur einen marginalen Ausschlag bei der Gesamt abwägung. Die Warnung kommt gleich dahinter: Wir müssen aufpassen, dass dieses Potential erhalten bleibt. Ich bin an der Stelle relativ nahe beim Hinweis von Herrn Lutz auf eine gute Förderung von Infrastrukturmaßnahmen. Sie brachten vorhin das Beispiel mit dem Kochen: Wenn Sie ein Schulfach mit einführen, in dem gemeinsam gekocht wird, dann haben Sie das Mittagessenproblem strukturell gelöst. Aber das ist jetzt natürlich vom grünen Tisch aus argumentiert – ich bin kein Pädagoge.

Vorsitzender: Wenn es keine weiteren Fragen gibt, brauchen wir das Gespräch insbesondere vor dem Hintergrund unserer relativ langen Tagesordnung nicht in die Länge zu ziehen. Wenn Sie die Mög-



lichkeit für kurze, abschließende Worte nutzen wollen, dann ist die Gelegenheit dafür jetzt gegeben, ansonsten danke ich für Ihr Kommen.

Wir erstellen das Wortprotokoll und wenn es veröffentlichungsreif ist, stellen wir es auf unsere Webseite ein, so dass man alles nachlesen kann. Wenn dieser Themenkomplex abgeschlossen ist, werden wir auf der Grundlage der Wortprotokolle eine Stellungnahme entwerfen, die dann im Kon-

sens verabschiedet werden muss, denn bei uns gilt immer das Einstimmigkeitsprinzip. Das ist eine besondere Herausforderung und etwas anders als in anderen Ausschüssen oder im Plenum, wo das Mehrheitsprinzip gilt. Das bedeutet, das wurde alles nicht umsonst gesagt, sondern das, was wir hier diskutieren, hat in irgendeiner Form eine Nachwirkung.

Schluss der Sitzung: 17.45 Uhr

Norbert Müller, MdB
Vorsitzender